



AKADEMIE FÜR  
POLITISCHE BILDUNG  
TUTZING

AKADEMIE-KURZANALYSE  
1/2024

November 2024

# Wahlkampf in Sachsen: Wie demokratische Parteien auf die AfD reagieren

**Katrin Buchholz**



Akademie-Kurzanalysen  
ISSN (Print) 2699-3309  
ISSN (Online) 2509-9868  
[www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

# Wahlkampf in Sachsen: Wie demokratische Parteien auf die AfD reagieren

Katrin Buchholz\*

Sachsen hat am 1. September 2024 gewählt. Dort, aber auch im Rest des Landes verändert sich die politische Landschaft grundlegend. Der Populismus, insbesondere von rechts, greift Raum: eine Form von Politik, die verbreitete autoritäre Vorstellungen sowie kulturelle Stereotype nutzt und auf dieser Grundlage eine Wir-Identität konstruiert, die sich aggressiv gegenüber oben (das »Establishment«, die »Elite«) und außen (»die Muslime«, »die Fremden«) abgrenzt.<sup>1</sup> Wie reagieren demokratische Parteien darauf? Wie reagieren sie in Sachsen auf die AfD und ihre rechtspopulistische Rhetorik? Welche Themen setzen sie, welche vermeiden sie? Versachlichen sie den Diskurs, werden sie angesichts der oft inhaltsarmen AfD-Positionen visionär? Oder schlagen sie ihrerseits in die populistische Kerbe, weil das Wählerstimmen verspricht?

Anlass für die Analyse der kommunikativen Strategien der Parteien gaben die von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung ausgerichteten Wahlforen im Vorfeld der Landtagswahl. In allen 60 Wahlkreisen Sachsens fanden moderierte Diskussionsveranstaltungen statt. Die sieben Parteien, die entweder im Bundes- oder Landtag vertreten waren oder nach Auswertung von einschlägigen Trendanalysen eine realistische Chance auf den Einzug in den Landtag hatten (Fünfprozenthürde), sollten dort ihre Positionen zu wichtigen Themen deutlich machen: Demokratie und Teilhabe, Migration und Sicherheit und Zukunftsthemen wie Klima,

Energie und Bildung. Fragen aus dem Publikum an die Kandidaten,<sup>2</sup> und auch an das Publikum selbst, waren vorgesehen. Grüne Ja-, rote Nein- und gelbe Enthaltungskarten halfen, schnell ein Stimmungsbild abzufragen. Neben den Regierungsparteien CDU, SPD und Grüne waren AfD, FDP, Linke und BSW bei den Veranstaltungen vertreten.<sup>3</sup>

Die Wahlforen begannen gleich nach dem Ende der sächsischen Sommerferien: In nur fünf Wochen hatten sich die Wähler zu entscheiden. Nach Kommunal- und Europawahl am 9. Juni ging es um die Macht im Land, das seit 2019 von einer Dreierkoalition aus CDU, Grünen und SPD geführt wurde. Die AfD mit Ergebnissen zwischen 30 Prozent und sogar 40 Prozent in manchen Wahlkreisen bei den letzten Wahlen war stärkste Rivalin der CDU. Diese hatte unter Führung von Ministerpräsident Michael Kretschmer bei der letzten Landtagswahl mit 32,5 Prozent, gefolgt von der AfD (28,4 Prozent), am erfolgreichsten abgeschnitten. Neuling im Jahr 2024 war das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das laut Umfragen mit rund 15 Prozent der Wählerstimmen rechnen konnte.

Den Wahlkampf prägten hitzige Debatten über die Politik der Ampelregierung in Berlin, die jedoch nur teilweise für den Landeskontext relevant waren: Heizungsgesetz, Migration, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch Abstiegsängste wurden artikuliert. Dabei steht Sachsen, ein Land mit 4 Millionen Einwohnern, nicht schlecht da: Mit einer Arbeitslosenquote von 6,6 Prozent liegt das Land im deutschen Mittelfeld und mit Blick auf das Bruttoinlandsprodukt sogar auf Platz 1 unter den ostdeut-

\* Katrin Buchholz ist Vortragende Legationsrätin I. und seit 2005 im Auswärtigen Amt tätig. Nach Stationen in Berlin, Ankara und Peking ist die Diplomatin im Rahmen eines Sabbaticals seit Juni 2024 Gastdozentin an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

<sup>1</sup> Siehe auch Karin Priester, Das Syndrom des Populismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 16. Januar 2017 (online unter: [www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus/](http://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus/) – letzter Zugriff: 01.10.2024)

<sup>2</sup> Gemeint sind alle Kandidierenden, unabhängig vom Geschlecht. Die männliche Form wird im Folgenden geschlechtsneutral verwendet.

<sup>3</sup> Die FDP war allerdings nur in Görlitz mit einem Kandidaten vertreten und ist daher aus der weiteren Betrachtung gefallen.





Abbildung 1: Panoramablick auf die Altstadt von Görlitz in der Oberlausitz. Rechts über dem Neißeufer eines der besonderen Wahrzeichen der Kreisstadt: die evangelische Peterskirche mit dem weithin sichtbaren Turmpaar.

schen Bundesländern. In Sachen Bildung rangiert Sachsen deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Gleichzeitig schrumpft der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren, aktuell liegt er bei rund 18 Prozent. Insbesondere in ländlichen Regionen nimmt der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung stetig zu. Mit einem Ausländeranteil von 5,7 Prozent liegt Sachsen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Dabei war – historisch gesehen – das Land immer wieder Zufluchtsort für Vertriebene, Kriegsflüchtlinge und Menschen auf der Suche nach Arbeit. In ganz Sachsen hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine halbe Million Vertriebene aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs Zuflucht gefunden. Das galt entsprechend auch für den Landkreis Görlitz in der Oberlausitz mit seiner 52 000 Einwohner zählenden Kreisstadt.

## Wahlforum in Görlitz: Passive Provokation in Sachen Sicherheit und Migration

Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) stammt aus Görlitz, hier hat er seinen Wahlkreis und ist Spitzenkandidat der CDU. Der AfD und seinem Kandidaten Sebastian Wippel, einem Polizeioberkommissar, spielte ein Thema, das die Stadt mit am stärksten umtreibt, in die Hände: Sicherheit. Auto-

diebstahl und Schleuserkriminalität und ihre Bewältigungsstrategien waren in der Grenzstadt zu Polen die strittigsten Themen des Abends im Wahlforum.

Das verwundert nicht. Experten beschreiben Rechtspopulisten oft als »sicherheitsbesessen«. Insbesondere offene Grenzen würden die Traditionen und die Identität der heimischen Bevölkerung ge-

Wie kann man dieses Land als Diplomatin im Ausland vertreten, ohne es in seiner politischen Grundstimmung zu verstehen? Durchaus ähnlich wie in meinem Beruf der Diplomatie habe ich versucht, mir in kurzer Zeit ein Bild zu machen. Das Unterfangen erschien etwas gewagt: Als Praktikerin der Außenpolitik einen wissenschaftlich fundierten Blick auf Landtagswahlen zu werfen, aus einer Kurzzeitbeobachtung allgemeinere Aussagen abzuleiten und als gebürtige Hessin sächsische Phänomene zu beschreiben und zu bewerten, war nicht ganz ohne Risiko. Und trotzdem, die Frage brannte mir unter den Nägeln: Wie reagieren demokratische Parteien in Sachsen auf die AfD und ihre rechtspopulistische Rhetorik? Der vorliegende Text ist zu großen Teilen im Vorfeld der Wahl, im August 2024, entstanden.

*Katrin Buchholz*



fährden. Kriminalität und Migration wurden auch in Sachsen oft in einem Atemzug genannt. Wie reagierte nun also der CDU-Spitzenkandidat auf den Kandidaten der AfD? Dieser hatte Sicherheit gleich zu Beginn des Wahlforums als sein »Herzensthema« beschrieben. Kretschmer schlug eine eigene Grenzpolizei für Sachsen vor, die künftig mit 300 zusätzlichen Kräften im Grenzraum Dienst tun sollte. Der Ministerpräsident unterstrich dabei den Charakter der »Notmaßnahme« und beschwor damit die angeblich krisenhafte Ausgangslage. Selbst angesichts verfassungsrechtlicher Kritik von Linken und Grünen blieb er dabei: »Die Anträge sind eingebracht, die Expertenkommission wird im Oktober Ergebnisse liefern. Wir werden das umsetzen.«

Ist die Lage wirklich so ernst? Die Publikumsfrage noch während des Wahlforums nach dem subjektiven Sicherheitsgefühl am Wohnort ergab, dass sich fast alle Befragten, mit nur sehr wenigen Ausnahmen, in Görlitz sicher fühlten. Kretschmer schien hier Gefühle, nicht wirkliche Probleme der

Menschen anzusprechen – und *en passant* bei der Problembeschreibung auf »die da oben« in Brüssel zu verweisen (»brauchen eigentlich Kontrolle der EU-Außengrenzen«). Mit anderen Worten: Michael Kretschmer bediente sich des populistischen Instrumentenkastens. Dem AfD-Kandidaten Wippel fiel das Kontern des CDU-Vorschlags daher mit Verweis auf einen anderen populistisch argumentierenden Politiker nicht schwer: Kretschmer habe die Idee in Bayern von Ministerpräsident Markus Söder abgeguckt, außerdem sei für den Grenzschutz eigentlich die Bundespolizei zuständig und auch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land gebe es teilweise schon. Nötig sei vielmehr eine mit der Bundespolizei gemeinsame »Einsatzgruppe Grenze«.

An dieser Stelle lohnt der genaue Blick auf die Positionierung der AfD: Versachlichte der Kandidat Wippel die Debatte? Der Spitzenkandidat in Thüringen, Björn Höcke, hatte die mit dem Thema Grenzsicherung eng verbundene Migrationspolitik bei der Eröffnung des Wahlkampfs in Ostdeutschland rhetorisch markant platziert (»Abschieben, abschieben, abschieben«). Ministerpräsident Kretschmer griff das Thema in Görlitz auch stilistisch auf: »Menschen müssen raus, raus, raus.« Polizeioberkommissar Wippel schwieg dazu an diesem Abend. Auch beim Thema Asyl – Kretschmer forderte eine jährliche Obergrenze – sagte er nichts. Selbst bei der Frage, ob Fachkräfte auch aus dem Ausland angeworben werden sollten, lenkte Sebastian Wippel das Thema auf die Integration in den Arbeitsmarkt und unterstützte den FDP-Appell des »Training on the Job«. Erst zum Schluss, und dann nur leise, forderte er, diejenigen von den Sozialleistungen auszuschließen, die unberechtigt hier sind oder sich nicht integrieren wollten.

Was bedeutet diese zurückhaltende Positionierung seitens der AfD? Stellt sie die Bedeutung des Themas infrage? Hat sie ihren Versuch aufgegeben, Stimmen mit diesen Themen zu gewinnen? An diesem Abend lag der Verdacht nahe, dass die AfD die Taktik der passiven Provokation anwendete: Wo die eigenen Positionen allgemein bekannt sind und sich andere Parteien, in diesem Fall die CDU, daran abarbeiten, schweigt die AfD und fährt ohne eigenes Zutun die politischen Früchte dafür ein, dass sie das Thema gesetzt hatte. Bleibt die Frage, wie die anderen Kandidaten auf explizitere rhetorische Mittel des AfD-Populismus reagierten. Das Wahlforum in Freiberg half, Antworten zu finden.

In der Universitätsstadt mit einer 250 Jahre alten Geschichte und der weltweit ausstrahlenden Bergakademie hat sich laut der Wochenzeitung *Die Zeit* seit 2006, also seit dem Gründungsjahr des Deutsch-



Abbildung 2: Michael Kretschmer (CDU) ist seit Dezember 2017 Sächsischer Ministerpräsident. Seit der Wiedervereinigung ist die CDU die stärkste politische Kraft in Sachsen und stellte durchweg den Ministerpräsidenten.





Abbildung 3: Die mittelsächsische Kreisstadt Freiberg ist nicht zuletzt für ihre 1765 gegründete Bergakademie bekannt, dem Sitz der ältesten bestehenden technisch-montanwissenschaftlichen Universität der Welt. Im Bild das Rathaus am Obermarkt.

Russischen Rohstoffforums, ein pro-russisches Netzwerk entwickelt. AfD und die vom Landesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Freien Sachsen kommen in der Stadt mit ihren rund 40 000 Einwohnern zusammen auf über 30 Prozent. Hier wirken, glaubt man Pfarrer Michael Stahl vom Bündnis »Freiberg für Alle«, die auf den Montagsdemonstrationen geknüpften Netzwerke stark nach. Eine tendenziell rechtsextrem eingestellte Zivilgesellschaft organisiert sich sichtbar im Rahmen des 2021 gegründeten Freiburger Forums.

Der 50-jährige Diplomingenieur Marko Winter ist Gründungsmitglied der AfD in Mittelsachsen. Seit 2014 sitzt er für die AfD im Stadtrat, seit 2019 auch im Kreisrat, 2024 wurde er von der Partei als Direktkandidat für die Landtagswahl nominiert. Sein »Herzensthema« an diesem Abend war die Abschaffung der »Rundfunkzwangsgebühren«. Über dieses Thema hinaus gab es ein Staccato aus Beschuldigungen für die Bundesregierung: »Coronawillkür«, »Energieblackout«, »Akademisierungswahn«. Emotional und polarisierend in der Sprache, sprunghaft und inhaltsarm in seinen Beiträgen mischte Winter die Debatte auf. Es waren Beiträge,

die man mit dem Politikwissenschaftler Sascha Ruppert-Karakas von der Ludwig-Maximilians-Universität München als »Frustrationsidentifikationsangebot« zu politischen und sozialen Verhältnissen deuten kann – also politische Botschaften, die zu einer negativen Wahrnehmung der Verhältnisse in Deutschland verhelfen.<sup>4</sup> Sie sollen die Gesellschaft weg von der überwiegend sachlichen Diskussion zu stärker affektgeladenen Formen der Entscheidungsfindung lenken. Karakas zitiert dazu auch aus dem 2023 erschienenen Buch des EU-Spitzenkandidaten der AfD, Maximilian Krah, der das Erfolgsmodell der AfD mit dem Ziel umschreibt: »Menschen über die Ablehnung einer Entwicklung zu mobilisieren, statt über die Zustimmung zu einer positiven Aussage«. Unter Heranziehung von verkürzten Argumenten soll so zur Delegitimierung der gesellschaftlichen Ordnung beigetragen werden, ohne selbst konkrete Vorschläge zur Problemlösung zu unterbreiten.

<sup>4</sup> Sascha Ruppert-Karakas, Die Politik des Zorns. Wie die Vordenker der Neuen Rechten den Umsturz vorbereiten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (5/2024), S. 89–98, hier S. 93.



Abbildung 4: Die insgesamt 60 Wahlforen im Vorfeld der Landtagswahl wurden von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung organisiert. Mithilfe von grünen Ja-, roten Nein- und gelben Enthaltungskarten ließ sich beim Publikum rasch ein Stimmungsbild einholen.

Wie reagierte der Kreis der »Altparteien« – so nannte der AfD-Kandidat abfällig die Parteien mit langer parlamentarischer Tradition – auf diese wirkmächtige Art der politischen Kommunikation? Beim Thema Energie und dem AfD-Vorwurf der »CO<sub>2</sub>-Ideologie« sowie der Forderung nach Erhalt der Atomkraftwerke argumentierte der CDU-Kandidat Klaus-Dieter Barbknecht sachlich. Er klärte auf, warum Atomkraftwerke in Sachsen, wo nicht ausreichend Kühlwasser zur Verfügung steht, »Unfug« seien. Die Grünen belehrten ebenfalls auf der Sachebene die AfD in Görlitz in strengem Ton: Nicht sächsische Wälder würden für die alternativen Windräder abgeholzt, sondern primär Kahlflächen genutzt. Nicht die Einrichtungen zur Gewinnung von Wind- und Sonnenenergie, sondern Kohle und Atom würden in Deutschland am stärksten subventioniert.

### Die Nachfrageseite: Mit Sachlichkeit unentschlossene Wähler erreichen?

An dieser Stelle scheint ein Blick auf die Nachfrageseite des Wahlkampfs, auf die Wählerschaft angebracht. Wie wirkt das Sachargument? Wen kann der teilweise lehrmeisterhaft klingende Ton der Grünen in Sachsen erreichen? Wie überzeugt man die Gruppe jenseits der politisierten Pole, wie erreicht man Unentschlos-

sene oder jene, die ihrem Verhalten eine apolitische Haltung zugrunde legen und Auseinandersetzungen mit der Politik meiden, die »stille Mitte«?

Die von der Landeszentrale für politische Bildung organisierten Wahlforen konnten dazu keine geeigneten Antworten geben: Eine in allen Diskussionen gestellte Publikumsfrage zeigte, dass die Teilnehmer mit wenigen Ausnahmen politisch bereits festgelegt waren. Während meiner Tour durch das Land wiederum traf ich lediglich auf einen Wahlstand (der AfD), was vielleicht den Wochentagen geschuldet war. CDU und AfD gingen im Wahlkampf jedenfalls auch neue Wege: Grillen und Freibier in Anwesenheit des Ministerpräsidenten zum Beispiel oder eine Fahrradtour um den Berzdorfer See mit dem Görlitzer AfD-Kandidaten. Und in den Medien? Laut dem Leiter der Görlitzer Sächsischen Zeitung war Wahlkampf in Sachsen ein undankbares Thema, in jedem Fall kein »Online-Gold«.<sup>5</sup>

Dies zeigen auch die Zahlen des jüngsten *Sachsen-Monitors*: Fragt man die Bürger nach dem Vertrauen in Institutionen, liegen die sächsischen Parteien an

<sup>5</sup> So setzte zumindest auch die AfD in Sachsen im Bundestagswahlkampf in beträchtlich stärkerem Maße als in Bayern auf »lokale Offline-Mobilisierung«. Siehe Julian Polenz, Die Wahlmobilisierung der AfD in Sachsen und in Bayern. Milieus, Framing und Koalitionen mit der »neuen« Rechten im regionalen Vergleich, in: Stefan Garsztecki/Thomas Laux/Marian Nebelin (Hg.), Brennpunkte der »neuen« Rechten. Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen, Bielefeld 2024, S. 47–73, hier S. 67.



letzter Stelle – ein Rückgang um 12 Prozent gegenüber der Erhebung 2021. Damit haben insgesamt 89 Prozent der Sachsen kein oder wenig Vertrauen in die Parteien.<sup>6</sup> Der Eindruck spiegelt sich auch in Zahlen der Rekrutierungsfähigkeit, also der Kraft der Parteien, potenzielle Mitglieder an sich zu binden. Ende 2022 bildet Sachsen das Schlusslicht unter allen Bundesländern. Auch die Mitgliederbasis der AfD in Sachsen ist trotz des enormen bundesweiten Zuwachses seit ihrer Gründung 2013 (plus 124 Prozent) genauso dünn wie die der sehr wenig sichtbaren FDP.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Simon Schlunk et al., Ergebnisbericht Sachsen-Monitor 2023. Für die Sächsische Staatsregierung, Bonn 2023, S. 30 (online unter: [www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf](http://www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf) – letzter Zugriff: 04.10.2024).

<sup>7</sup> Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2023, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 55 (2/2024), S. 395–425, hier S. 402f. Die Rekrutierungsfähigkeit aller Bundestagsparteien liegt in Sachsen bei 0,74 Prozent. Aufgeteilt auf die Parteien ergibt sich folgendes Bild: CDU: 0,26 Prozent, Linke: 0,18 Prozent, SPD: 0,13 Prozent, Grüne: 0,10 Prozent, AfD: 0,06 Prozent, FDP: 0,06 Prozent. BSW noch nicht erfasst.

## Wahlforum in Hohenstein-Ernstthal: Emotionen und Wahlkampf

In Hohenstein-Ernstthal, einer knapp 16 000 einwohnerstarken und nach Feierabend sehr stillen Gemeinde, bekannt auch als die Geburtsstadt von Karl May, traf der Spitzenkandidat der AfD, der Bundestagsabgeordnete Mike Moncsek, auf 150 Teilnehmer im Wahlforum. Eine große Mehrheit war in ihrer Wahlentscheidung bereits festgelegt, die Fronten verhärtet. Die rund 50 Sympathisanten der AfD traten geschlossen auf, in Mimik und Körperhaltung signalisierten sie kein gesteigertes Interesse an einer inhaltlichen Debatte. Vielmehr störten sie die Veranstaltung durch lautes Gerede.

Noch etwas zeigte sich an diesem Abend: eine gewisse Inkonsistenz zwischen der eigenen Interessenlage und parteipolitischer Positionierung. Wählen AfD-Anhänger gegen ihre eigenen Interessen, wie

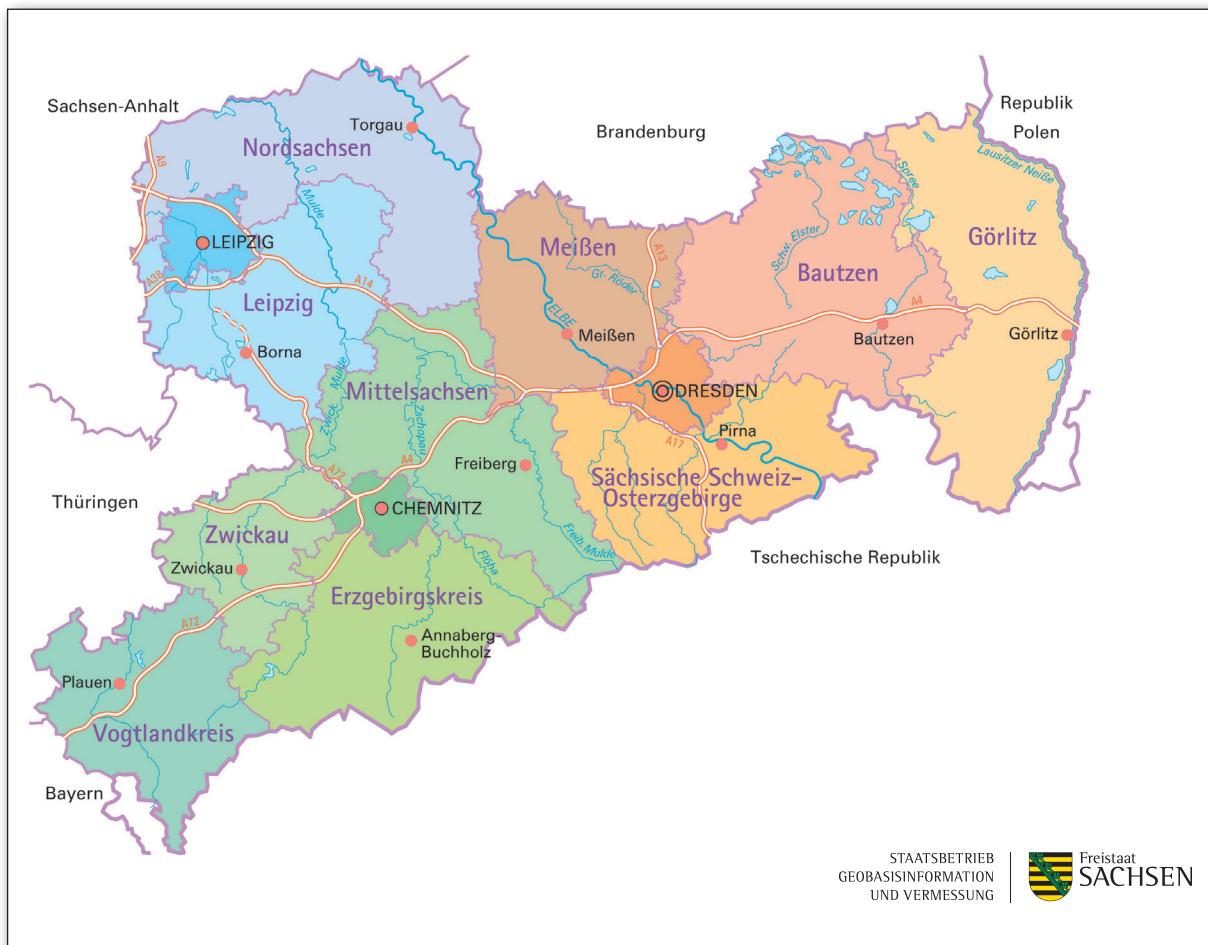


Abbildung 5: Kreisstruktur des Freistaates Sachsen. Hohenstein-Ernstthal liegt rund 15 Kilometer westlich von Chemnitz.

## Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen 2024

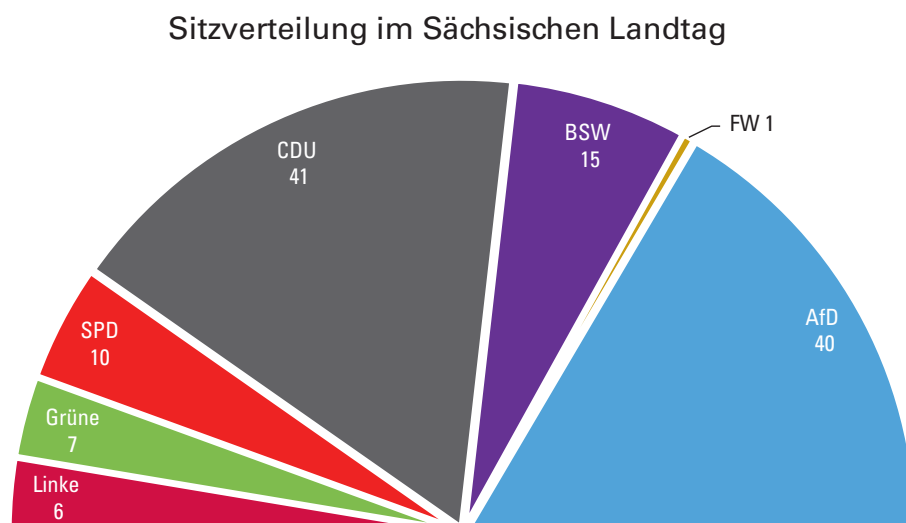
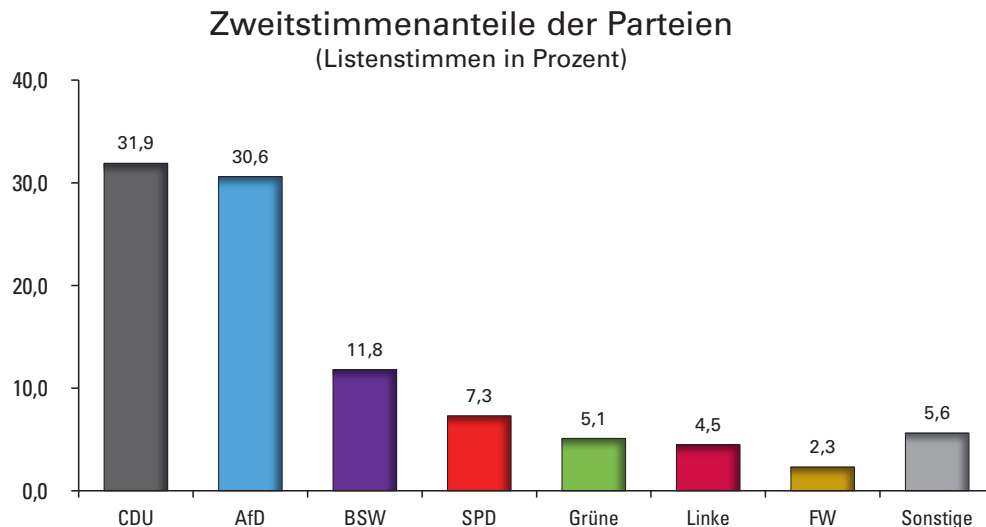


Abbildung 6: Stimmanteile und Sitzverteilung der Landtagswahl in Sachsen 2024. Quelle: eigene Darstellung. Daten: Landeswahlleiter.

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat es nicht geschafft der stärksten Partei im Landtag (CDU) den Rang abzulau-  
fen. Mit 30,6 Prozent aller Zweitstimmen hat sie aber ihr Ergebnis gegenüber 2019 um 3,1 Prozentpunkte gesteigert.  
Besonders bemerkenswert ist das Abschneiden des erst im Februar 2024 gegründeten und rund 80 Mitglieder starken  
Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) mit 11,8 Prozent der Zweitstimmen. Die FDP scheiterte an der Fünfprozent-  
hürde und verpasste den Einzug in den Landtag. Linke und Grüne mussten herbe Verluste in Kauf nehmen. Die Linke  
schaffte allerdings über die Grundmandatsklausel den Einzug in den Landtag. Die Freien Wähler sind dort mit einem  
Direktmandat vertreten. Die Wahlbeteiligung stieg um 8,2 Prozentpunkte auf 74,4 Prozent.

Die Ergebnisse fließen aktuell in die Gespräche zur Regierungsbildung unter Leitung von Ministerpräsident Michael  
Kretschmer (CDU) ein. Der Sächsische Landtag hat sich am 1. Oktober konstituiert. Gemäß der Landesverfassung  
muss der neu gewählte Landtag innerhalb von vier Monaten nach der Konstituierung den Ministerpräsidenten wählen.  
Gelingt dies nicht, ist der Landtag aufgelöst, und es finden Neuwahlen statt.



der Soziologe Steffen Mau meint:<sup>8</sup> Bei einer spontanen Publikumsfrage nach der AfD-Intervention für Atomkraftwerke in Sachsen war das Stimmungsbild im Raum eindeutig: Niemand wollte einen Atommeiler vor seiner Haustüre haben. Offensichtlich auch die AfD-Anhänger nicht, nur zeigten sie nicht Flagge, auch nicht mit einer gelben Enthaltungskarte; sie wirkten schlicht überfordert. Auch auf die Frage nach Möglichkeiten, eigene politische Anliegen einzubringen, gingen im Gegensatz zu einem grundsätzlich positiven Stimmungsbild im Saal auf AfD-Seite kaum Antwortkarten in die Luft.

Das erinnerte an den Begriff der »Protestkultur«, die Teile der Transformationsforschung dem ostdeutschen Politikverständnis attestieren. Der Soziologe Detlev Pollack führt dieses besondere Protestverhalten auch auf die Tatsache zurück, dass es in der DDR keine gemeinsame Öffentlichkeit gab, die Gesellschaft nicht zusammenwachsen konnte – mit der Folge, dass nur eine schwache Bindung an Werte und Normen existierte und so auch immer

<sup>8</sup> Vgl. Steffen Mau, »Das Phänomen hat Trump'sche Qualitäten«. Interview von Jens-Christian Rabe, in: Süddeutsche Zeitung, 23. August 2024 (online unter: [www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/steffen-mau-interview-ostdeutschland-landtagswahlen-rechtsruck-afd-thueringen-sachsen-e674770/?reduced=true](https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/steffen-mau-interview-ostdeutschland-landtagswahlen-rechtsruck-afd-thueringen-sachsen-e674770/?reduced=true) – letzter Zugriff: 10.10.2024).

ein gewisser Sinn für Rebellion, auch Verachtung gegenüber Funktionären. Pollack spricht von »dem Ostdeutschen« als einem Akteur, der trotz seiner Ohnmachtserfahrung in der DDR noch im »Modus des Klagens« verstehe, sich zu behaupten.<sup>9</sup>

Gemütsbewegungen gehören seit jeher zur Politik und insbesondere Wahlkampf bedeutet Emotion. Die AfD bespielt die Gefühle der Wähler wie viele Rechtspopulisten mit affektgeladenen Themen wie Heimat und deren Bedrohung durch Migration. An diesem Abend trieben Zuschreibungen durch Dritte ihr die Anhänger in die Arme: Als die Veranstalter auf die Einstufung der AfD als »gesichert rechtsextremistisch« hinwiesen, erhob sich im Saal Johlen und Pfeifen. Es setzte sich fort, als Grüne und Linke Position gegen den »Faschismus« in Sachsen bezogen und dabei von Teilen des Publikums unterstützt, von anderen verhöhnt wurden.

Der AfD-Kandidat Mike Moncsek setzte hier an: Er stellte sich als Vollzeitpolitiker mit »Herz, Seele und Verstand« und Prioritäten (Gelder aus der Integration in die Sozialdienste) dar. Das Mitglied im Aufsichtsrat von Regiobus Mittelsachsen

<sup>9</sup> Detlef Pollack, Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020, S. 8.



Abbildung 7: Bei den Wahlforen präsentierten sich jeweils die Direktkandidaten der aussichtsreichsten Parteien. Das Publikum war aufgefordert, sich mit Fragen und Anliegen aktiv in die Diskussion einzubringen. Von den unterschiedlichen Parteianhängern wurde das durchaus unterschiedlich wahrgenommen. Das Bild zeigt einen Blick in das Wahlforum in Hohenstein-Ernstthal.



machte auch zum öffentlichen Personennahverkehr klare Ansagen: »Wir müssen die ideologisch betriebene Umstellung [auf Elektro und Wasserstoff] bei Fahrzeugen und Infrastruktur sofort beenden.« Die Politikneulinge von CDU und Grüne wirkten dagegen teilweise unbeholfen und hatten der Figur des erfahrenen Profipolitikers, anders als Michael Kretschmer, der sich in Görlitz als ein »Schutzpatron« anbot, nur wenig entgegenzusetzen.

Auffallend war, dass Moncsek immer wieder die DDR ins Spiel brachte. Bei der Frage nach der Meinungsfreiheit in Deutschland stichelte er: »In der DDR war es die Diktatur des Proletariats, heute ist es eine andere.« Den Hinweis auf staatliche Fördermittel im ÖPNV kommentierte er mit den Worten: »Das ist Sozialismus!« Und zur Bemerkung eines Bürgers zur Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz brachte er seine eigene Vita ein: »Ich als Ausreisekandidat der DDR kann mit Denunziation und Verfolgung umgehen.« Diese Art der Wählermobilisierung konnte man in Sachsen bereits bei der Bundestagswahl 2021 beobachten. Das sogenannte »Memory Framing« diente dazu, das kollektive

Gedächtnis sozialer Bewegungen zu aktivieren. Abgeleitet aus der Erfahrung mit dem Unrechtsregime der DDR wurde versucht, vor angeblich ähnlichen Zuständen in der Bundesregierung zu warnen. Die Anspielungen reichten von einer vermeintlichen Meinungsdictatur durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk über die angeblich marktgefährdende Subventionspolitik der Bundesregierung bis hin zur unterstellten Ausgrenzung von AfD-Anhängern durch den deutschen Mehrheitsdiskurs.

Hier wurde auch deutlich, was die Autoren Per Leo, Maximilian Steinbeis und Daniel-Pascal Zorn in ihrem Buch *Mit Rechten reden* unterstreichen. Sie begreifen »rechts« nicht als eine bestimmte Menge von Überzeugungen und Personen, sondern als eine Art zu reden. »Die echte Provokation lebt davon, dass sie mit trüben Mitteln klare Ergebnisse erzielt.«<sup>10</sup> Diese Taktik offenbarte sich, als ein Bürger Moncsek auf ein AfD-Banner im Ort »Hol Dir Dein Land zurück« ansprach. Das Banner spielt auf den

<sup>10</sup> Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, *Mit Rechten reden. Ein Leitfaden*, Stuttgart 2017, S. 96.



Abbildung 8: Einer der größten Anziehungspunkte für Sachsen-Reisende ist die Bastei, eine bizarre Felsformation mit Aussichtsplattform und Brücke in der Sächsischen Schweiz.



Begriff »Heimat« an, der von Rechtspopulisten in Europa gerne von einem konkreten Ort losgelöst auf ein ganzes Land und damit auf eine durch Abstammung definierte Nation (Volk) bezogen wird. Es handelte sich mithin um einen Slogan, der die AfD-Forderungen zum Umgang mit Flüchtlingen und Ausländern aufgreift. Moncsek dagegen spielte die Frage des Teilnehmers herunter und gab eine vereinfachte, vom politischen Kern des Banners ablenkende Interpretationshilfe: Nicht nur meckern, sondern aktiv werden.<sup>11</sup>

Wie reagierten nun die anderen versammelten Parteien? Neben den beiden Politiknovizen aufseiten von CDU und Grünen sowie einer aktivistisch wirkenden SPD-Kandidatin, versuchte vor allem der junge Kandidat Sven Voitel von der Linken sich konsequent als erster Sprecher einzubringen. Wiederholt griff er mit direkten polemisierenden Rückfragen den AfD-Konkurrenten an. Die Linke war noch vor wenigen Jahren eine starke Oppositionsfraktion im Bund und in fast jedem Winkel und auf allen Ebenen der neuen Bundesländer gut vertreten. Im Sommer 2024 musste sie zittern, ob ihr der Einzug in den Landtag gelingen würde.

Am Ende der Veranstaltung proklamierte Voitel das Ziel, die »faschistische Ideologie« bis 2029 aus dem Landtag in Sachsen zu vertreiben. Das Wort »Antifaschismus« fiel gleich mehrmals am Abend. Es verdient eine Einordnung, denn auch wenn die demokratische Intention des Sprechers außer Frage steht: Die Funktionen des Begriffs »Antifaschismus« sind vielfältig. Er kann integrierend wirken und einer im Parteienspektrum deutlich werdenden Erosion innerhalb der linken Bewegung entgegenwirken. Er kann helfen, eine Frontstellung gegen den Faschismus aufzubauen und damit eine klare Verurteilung erleichtern.<sup>12</sup> Aber hilft diese Positionierung wirklich, sich politisch und moralisch zu legitimieren und noch unentschiedene Wähler zu mobilisieren? Oder diskreditiert diese Begriffsverwendung nicht eher konservativ und antiextremistisch eingestellte Wähler im Umkreis der AfD?

<sup>11</sup> Vollständiges Zitat: »Mach was dafür, heb Deinen Pops hoch, dass Du nicht auf der Couch nur meckerst, sondern damit hier wieder Recht, Ordnung und Werte einziehen, mit denen wir groß geworden sind: Sauberkeit, Ehrlichkeit, Respekt.«

<sup>12</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Antifaschismus und Antikommunismus, in: Gereon Flümann (Hg.), Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus, Bonn 2017, S. 301–318. Als Funktionen des Begriffs werden dort unter anderem genannt Akzeptanz-, Legitimations-, Erosions-, Bündnis- und Mobilisierungsfunktion.



Abbildung 9: Der Schützenhof in Dresden ist Sitz der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Die Einrichtung wurde kurz nach der Wiedervereinigung im Jahr 1991 gegründet. Weitere Kooperationspartner der Wahlforum-Veranstaltungen im Vorfeld der Sächsischen Landtagswahl waren die Leipziger Volkszeitung, die Sächsische Zeitung sowie die Volkshochschulen in Sachsen.

## Die Strategien der Parteien: Sachlich, populistisch, visionär?

Zurück zur Ausgangsfrage: Die diskursive und inhaltliche Strategie der AfD hat sich bei der Beobachtung der drei Wahlforen in ihrem rechtspopulistischen Kern bestätigt. Sie enthielt unter anderem die klassischen Elemente des Antiintellektualismus, Berufung auf traditionelle Werte, Bezüge zur Heimat und Geschichtstopoi. Aber wie regierten die demokratischen Parteien in Görlitz, Hohenstein-Ernstthal und Freiberg auf die AfD – populistisch, sachlich oder gar visionär? Welche Strategien und Taktiken kann man aus den Beobachtungen ableiten? Drei Dinge fallen auf.

Eine erste Erkenntnis liegt auf der Hand: Der Wahlkampf stellte zwar für alle Parteien die gleiche Machtarena dar, aber jede Partei traf darin auf eine andere Herausforderung – was wiederum unterschiedliche Strategien und Taktiken erforderlich machte.





Abbildung 10: Blick in den leeren Plenarsaal des Sächsischen Landtags. Am 1. Oktober 2024 fand dort die konstituierende Sitzung des neu gewählten Landesparlamentes statt.

Bei der CDU zielte die Strategie darauf ab, sich als einzig wählbare konservative Partei Sachsens darzustellen und die AfD so auf den zweiten Platz zu verweisen. Taktisch agierte sie dazu auf Ebene der lokalen Kandidaten sachlich, auf Chefebene jedoch mit teils populistischer Wortwahl oder eigenen Initiativen zu den von der AfD besetzten Themen Sicherheit und Migration. Sie scheute dabei auch nicht davor zurück, den von der CDU als Ballast empfundenen Koalitionspartner, die Grünen, anzugreifen. Exemplarisch hierfür steht das während meines Aufenthalts im Netz kursierende Wahlplakat der CDU mit dem Bild eines Rasenmähers und dem Untertitel »Die Grünen kurz halten«.<sup>13</sup>

Die strategischen und taktischen Ansätze der anderen Parteien sind weniger klar zu umreißen. Die Grünen versuchten mit ihren Erfolgen aus der sächsischen Regierungszeit zu punkten, versachlichten die Debatten insbesondere bei Klima und Energie und deuteten Offenheit für Koalitionen mit dem konservativ-liberalen Lager an. Die Linke, durch

die Ankündigung des Rückzugs der Doppelspitze auf Bundesebene im August in der Defensive, vermittelte den Eindruck, als wollte sie sich vor allem gegenüber der potenziellen Wählerschaft des BSW positionieren.<sup>14</sup>

Klar ist aber: Beide Parteien richteten ihre Strategie an dem Ziel des politischen Überlebens, der Überwindung der Fünfprozenthürde aus. Dabei sollte zur Alarmierung ihrer Wähler der Hinweis helfen, dass beim Einzug von lediglich drei Parteien in den Landtag (CDU, AfD und BSW) die AfD auch als zweitplatzierte Partei einen entscheidenden Sieg davontragen würde: eine Sperrminorität. Linke und Grüne riefen daher auch zum strategischen Wählen auf. Zu Recht hatte Ursula Münch, Politikwissenschaftlerin aus Tutzing, darauf hingewiesen, dass dies vor allem in den Großstädten Leipzig und Dresden erfolgreich sein könnte. Denn nur dort bestand realistischere Aussicht auf zwei Direktmandate, die dann aufgrund der sächsischen Grundmandatsklau-

<sup>13</sup> Genauer beschreibt der Journalist Roman Deininger, der Michael Kretschmer drei Monate im Wahlkampf begleitete, mit welchen populistischen Mitteln der Ministerpräsident die Distanz zu den »Ideologen in Berlin« auch in Sachsen halten will. Vgl. Roman Deininger, Allein gegen die AfD, in: Süddeutsche Zeitung, 17./18. August 2024, S. 11–13..

<sup>14</sup> Die Umfragen der ARD bei Wahlausgang belegen, wie wenig erfolgreich die Strategie umgesetzt werden konnte: Mit 73 000 Wählern, die von der Linken zum BSW wechselten, hatte die Partei hier die stärksten Einbußen zu verkraften. Vgl. ARD/Infra-test dimap, Wie die Wähler wanderten, 2. September 2024 (online unter: [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml) – letzter Zugriff: 10.10.2024).



## Wahlverhalten in gesellschaftlichen Subgruppen in Sachsen 2024

Die Linke hat in Sachsen vor allem in den Jahrgängen 60 plus starke Stimmenverluste hinnehmen müssen. In diesen Wählergruppen hat offensichtlich ein besonders großer Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft der Partei den Rücken gekehrt.

Die Grünen hingegen mussten in Sachsen vor allem unter den jüngeren Wählerinnen und Wählern (18–24 Jahre) hohe Verluste hinnehmen. Im Vergleich zu 2019 haben sie in dieser Gruppe mehr als die Hälfte ihrer Stimmenanteile verloren.

Die AfD hat sich in Sachsen mittlerweile fest als »Arbeiterpartei« etabliert. Mit 45 Prozent fiel ihr Stimmenanteil unter den Arbeitern besonders hoch aus.

In den Wahlergebnissen zeigte sich auch eine starke Diskrepanz zwischen »alteingesessenen« und den in jüngerer Vergangenheit zugezogenen Bevölkerungsgruppen. Unter den im vergangenen Jahrzehnt zugezogenen Personen wählten nur 21 Prozent CDU und 17 Prozent AfD, jedoch 19 Prozent Grüne und 14 Prozent Linke. In der Gruppe derjenigen, die bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten im Bundesland leben, kamen CDU und AfD hingegen auf Stimmenanteile von 34 beziehungsweise 32 Prozent, Grüne und Linke jedoch nur auf 4 und 3 Prozent.



## Strukturelle Determinanten der Wahlentscheidung in Sachsen 2024

Die Wahlergebnisse der AfD fallen in Sachsen umso stärker aus, je ländlicher und damit dünner besiedelt eine Gemeinde ist und je weiter die Gemeinde von den Bevölkerungszentren des Freistaats entfernt liegt. SPD, Grüne und Linke hingegen wurden in den dicht besiedelten urbanen Räumen mit zum Teil deutlich höherer Wahrscheinlichkeit gewählt.

Ein höherer Anteil unter 18-Jähriger ist in Sachsens Gemeinden tendenziell mit deutlich höheren Stimmenanteilen für die Grünen und deutlich niedrigen Stimmenanteilen für das BSW verbunden, während die Ergebnisse von CDU, AfD, Linken und SPD davon nicht beeinflusst werden.

In jenen sächsischen Gemeinden, die 2022 höhere Arbeitslosenquoten zu verzeichnen hatten, wurde 2024 tendenziell eher SPD, Grüne und Linke, jedoch weniger häufig die AfD gewählt. War hingegen die Arbeitslosenquote vor zwei Jahrzehnten besonders ausgeprägt, hatte eine Gemeinde also um die Jahrtausendwende mit ökonomischen Problemen zu kämpfen, so fallen dort heute die Stimmenanteile der AfD tendenziell höher, die von SPD, Grünen und BSW hingegen geringer aus.

Eine hohe Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge geht in Sachsens Gemeinden mit höheren durchschnittlichen Stimmenanteilen der CDU einher. Dort, wo die Menschen hingegen schlechter mit Medizin-, Verkehrs-, Bildungs- und digitaler Kommunikationsinfrastruktur versorgt sind, errang die AfD bessere Wahlergebnisse. Für alle anderen Parteien ist kein derartiger Zusammenhang messbar.

*Der Text gibt in leicht modifizierter Form Auszüge aus der Zusammenfassung des Midem-Reports zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen wieder: Hans Vorländer/Maik Herold/Felix Hormig/Steven Schäller, Polarisierte politische Landschaften: Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September 2024 (= MIDEM Report 1/2024), Dresden, S. 4.*

sel den Einzug in den Landtag in prozentueller Stärke der Zweitstimmenverteilung ermöglicht hätte.<sup>15</sup>

Und die Strategie des BSW? Das Bündnis beziehungsweise Sahra Wagenknecht persönlich

<sup>15</sup> Vgl. Podcast: Politik mit Anne Will: Wie geht strategisches Wählen? Mit Ursula Münch und Paula Piechotta, 22. August 2024 (online unter: <https://podcasts.apple.com/de/podcast/wie-geht-strategisches-w%C3%A4hlen-mit-ursula-m%C3%BCnch-und/>

id1740744367?i=1000666224867 – letzter Zugriff: 10.10.2024). In der Tat gelang der Linken laut amtlichem Ergebnis trotz eines Zweitstimmenanteils von nur 4,5 Prozent mit Hilfe der Grundmandatsklausel und zwei Direktmandaten in Leipzig der Einzug in den Landtag.

überraschten mit einem Thema, für das die Landespolitik keine Zuständigkeit hat: Krieg und Frieden. Ihre Forderung, mit Putin Friedensverhandlungen aufzunehmen und die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland zu verhindern, mobilisierte gleichwohl die Menschen in Sachsen. Mit acht Landesverbänden und knapp über 800 Mitgliedern konnte die Partei im Sommer 2024 nicht als etabliert gelten. Entscheidend für sie war, mit Aufmerksamkeit den Weg zur Bundestagswahl vorzubereiten. Die Umsetzung der auf ihre Führungsperson ausgerichteten Strategie hatte jedoch Grenzen: Die BSW-Kandidaten warben zwar in Eingangs- und Ausgangsstatements immer wieder für eine »konsequente Friedenspolitik«. Inhaltlich stark traten sie aber bei Sachthemen wie Entbürokratisierung und Bildung im Grundschulbereich auf.<sup>16</sup>

## Die Schuldenbremse – eine verpasste Chance?

Zweite Beobachtung: In 120 Minuten konnten nicht alle Themen platziert werden. Trotzdem verwundert, wie wenig Beachtung eine Frage fand, die sowohl von Linken, Grünen als auch BSW zur Finanzierung von Landesaufgaben im Bereich Bildung und ÖPNV aufgeworfen wurde. Alle drei Parteien artikulierten, wenngleich nicht in allen drei Wahlforen, die Forderung nach einer Reform der sächsischen Schuldenbremse (Artikel 95 Sächsische Landesverfassung). Sowohl CDU als auch AfD lehnten eine entsprechende Verfassungsreform ab. Warum diese trotz der Nachfrage vonseiten der Bürger wenig bis gar nicht thematisiert wurde, kann nur vermutet werden. Es überraschte jedenfalls, dass das Thema angesichts der auf Bundesebene laufenden aufgeheizten Haushaltsdebatte und der Positionierung der CDU dort – Michael Kretschmer hatte sich zuvor für eine Reform der Schuldenbremse offen gezeigt – nicht stärker aufgegriffen wurde.

<sup>16</sup> Die letztendlich geringe Bedeutung der Thematik Krieg und Frieden zeigt sich in Wahlausgangsumfragen der ARD, die die DGAP am 5. September 2024 in der Morning Briefing im Nachgang zur Wahl nennt: In Sachsen war das Thema Russland/Ukraine für nur 7 Prozent aller Wähler wahlentscheidend. Auch bei den BSW-Wählern lag der Anteil nur bei knapp über 20 Prozent. Vgl. DGAP, *Extremists on The Rise: The East German State Elections and Foreign Policy*, 5. September 2024 (online unter <https://dgap.org/en/mediacenter/dgaps-morning-briefing-geopolitical-challenges/extremists-rise-east-german-state> – letzter Zugriff: 04.10.2024).

## Visionen im Forschungsland Sachsen

Drittens schließlich fällt es schwer, visionäre Antworten im Wahlkampf zu identifizieren. Dabei scheint die Erfordernis besonders drängend. Die Neue Rechte, also die geistige Strömung, die für eine intellektuelle Erneuerung des Rechtsextremismus eintritt, propagiert rückwärtsgewandte Vorstellungen von einem ethnisch homogenen, hierarchisch und elitär geführten autoritären Staat. Angesichts einer verbreiteten Orientierungslosigkeit in Deutschland könnte sie eine gefährliche Wirkmacht entfalten.

Gleichzeitig ist Sachsen mit gleich mehreren Forschungsclustern wie dem Silicon Saxony, dem in Europa größten Mikroelektroniknetzwerk,<sup>17</sup> mehreren Leibniz- und Fraunhofer-Instituten sowie zwei neuen, aus Bundesmitteln in Milliardenhöhe bis 2038 geförderten Forschungszentren im Bereich Astrophysik und Bauen ein in Ostdeutschland einzigartiges Spielfeld für Visionen. Der CDU-Kandidat und Forschungspolitiker Kretschmer wusste dies auch zu nutzen: Zwölf Tage vor der Wahl setzte er zusammen mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Dresden den Spatenstich für ein neues Werk des taiwanischen Unternehmen TSMC zur Herstellung von Halbleitern. Seine Botschaft: Sachsen ist international aufgestellt, spielt in der Spitzenliga der Technologie und sichert Zukunft und Arbeitsplätze für die Menschen.

Aber der mit Visionen untrennbar verbundene Fortschrittsgedanke in Wirtschaft, Wissenschaft oder Technologie ist nicht zwingend ein einheitlicher: Die Steigerung wirtschaftlicher Leistungen kann, wie in China, von der Entwicklung liberaler Institutionen entkoppelt sein. Fortschritt in der Demokratie, und sei es nur ein partielles Fortschrittsdenken, braucht deswegen Werte.<sup>18</sup> In diesem Sinne haben eigentlich alle an den Wahlforen teilnehmenden demokratischen Parteien durch klaren Bezug auf die freiheitlich-demokratischen Grundwerte ein normatives Zielbild einer sächsischen Res Publica gezeichnet. Das macht zumindest denjenigen Hoffnung, die den demokratischen Verfassungsstaat auch in Krisenzeiten bewahren wollen.

<sup>17</sup> Vgl. Nikolaus von Wolff, Sachsen. Landeskunde kompakt, Chemnitz 2023, S. 88.

<sup>18</sup> Vgl. Georg Hubmann / Jakob Kappeler, Fortschrittsidee und Politische Vision, in: *Momentum Quarterly* 3 (4/2014), S. 235–245.

Katrin Buchholz

## Wahlkampf in Sachsen: Wie demokratische Parteien auf die AfD reagieren

Akademie-Kurzanalyse 1/2024

Akademie für Politische Bildung  
Tutzing 2024

ISBN: 978-3-9821033-7-2

### REDAKTION UND KONTAKT

Dr. Thomas Schölderle  
Publikationsreferent  
Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1, 82327 Tutzing  
Tel: +49 8158 256-61  
E-Mail: [t.schoelderle@apb-tutzing.de](mailto:t.schoelderle@apb-tutzing.de)  
Web: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

© 2024 Akademie für Politische Bildung  
**Alle Rechte vorbehalten**

Klimaneutraler Druck  
Printed in Germany





